

BEIRAT HEMELINGEN

Niederschrift über die öffentliche Beiratssitzung

Sitzungstag: 19.04.2012	Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr	Sitzungsende: 21:15 Uhr	Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen Großer Saal hinten
----------------------------	------------------------------	----------------------------	---

Anwesend waren:

Vom Ortsamt:

Herr Ullrich Höft	Vorsitzender
Herr Theodor Dorer	Schriftführer

Vom Beirat:

Herr Gerhard Arndt	Herr Uwe Jahn
Herr Ralf Bohr	Frau Christa Nalazek
Frau Gabriele Bredow	Herr Karl-Heinz Otten
Frau Silvia Faust	Frau Anke Ritter
Herr Andreas Hipp	Herr Matthias Roßberg
Herr Hans-Peter Hölscher	Herr Wilhelm Suhr
Herr Heinz Hoffhenke	Herr Bernd Winkler
Herr Kai Hofmann	

Tagesordnung:

Funkschneise 13, Nutzungsänderung einer Halle, Abfallzwischenlager und Behandlungsanlage

Eingeladen: Herr Viering, Herr Kuhn, (SUBV), Frau Hesse (Gewerbeaufsicht) Herr Möller (Feuerwehr), Herr Zakaria (ProEntsorga)

In der Funkschneise soll ein Sammellager für Industrie- und Chemieabfälle entstehen. Die Firmenzentrale befindet sich in Hambergen, wo auch die eigentliche Aufbereitung und Entsorgung mit sechs Mitarbeitern erfolgt. Das heißt, die Abfallbehälter werden in der Funkschneise nur gelagert und nicht weiter behandelt. Hier werden zwei weitere Arbeitsplätze entstehen. Das geplante Lager erfüllt alle gesetzlichen Sicherheitsvorschriften. Es sollen bis zu 10 Kubikmeter giftige und leicht entflammbare Abfallprodukte gelagert werden. Der Rest der Halle wird für die Lagerung von Abfällen, die nicht als Sondermüll deklariert sind, genutzt. Bei der Nutzung eines Grundstücks in Bremen entfallen für die große Bremer Kundschaft der Firma ProEntsorga die Anfahrtswege nach Hambergen. Im FA Bau bestehen Bedenken wegen der Lagerung von giftigen und leicht entflammbaren Stoffen in der Nähe von Wohnbebauung. Eine Genehmigung kann mit Auflagen erteilt werden kann, aus Sicht des SUBV liegen keine Versagungsgründe vor, so dass die Genehmigung zwingend zu erteilen ist. Das Thema wurde vom Ausschuss an den Beirat weiter geleitet.

Es soll geprüft werden, ob die Genehmigung über die Aufnahme von entsprechenden Regelungen in den Bebauungsplan (Veränderungssperre) verhindert werden kann. Außerdem soll im Beirat von den Fachbehörden eine ausführliche Gefährdungseinschätzung gefordert werden. Das Ortsamt hat sich über die formellen Aspekte eines möglichen Widerspruchsverfahrens informiert.

Herr Zakaria erläutert im Beirat noch einmal das von ihm beantragte Projekt.

Herr Roßberg fragt nach der Gefährlichkeit der Stoffe und warum die Stoffe zwischengelagert werden. Dies ist eine Frage der Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Sie soll helfen, die Bremer Kunden zeitnah und kostengünstig zu versorgen.

Herr Tönnjes fragt nach Rückstellungen für den Unglücksfall und ob die in der Nähe befindliche Anlage der Flugsicherung gestört werden könnte. Für den Notfall muss von der Firma eine gesetzlich festgelegte Sicherheitsleistung bei der Genehmigungsbehörde hinterlegt werden. Die Flugsicherung ist von der Maßnahme nicht betroffen.

Herr Arndt warnt davor, technische und wirtschaftliche Aspekte zu trennen und lehnt das Projekt ab.

Herr Bohr fragt nach der Art und dem Umfang der gelagerten Stoffe und nach dem Vorteil für den Stadtteil. Er empfiehlt einen anderen Standort zu suchen. 82 der beantragten gefährlichen Abfallarten wurden von der Genehmigungsbehörde in Absprache mit dem Antragsteller inzwischen aus dem Antrag gestrichen. Die gesetzlich vorgeschriebenen Abfallmengen werden eingehalten.

Herr Hofmann fragt nach einer möglichen Fusion mit der Firma Hirsch, die er für nachteilig hält. Die Fusion betrifft den Altmetallhandel. Die ProEntsorga ist unabhängig und Pächterin des Hirsch Grundstücks.

Frau Otten stellt fest, dass sich in unmittelbarer Nähe eine Schule, ein Kindergarten, Kleingärten und ein Seniorenheim befinden.

Herr Hipp lehnt für sich die beantragte Maßnahme ab.

Frau Bredow weist auf die Grundwasserbelastung in Hastedt hin, die vermutlich durch mangelhafte Lagerung entstanden ist.

Herr Winkler weist auf die unterschiedlichen Interessen der Firma ProEntsorga, deren Kunden und der Hemelinger Bevölkerung hin. Er fragt nach der Anzahl der im Abfallkatalog aufgeführten Stoffe und welche Stoffe genehmigt wurden. Speziell fragt er nach schwerbelasteten Schlämmen. Selbstentzündbare Stoffe und Schlämme sind aus dem Antrag gestrichen worden.

Herr Hölscher fragt nach der rechtlichen Grundlage für die bereits begonnenen Baumaßnahmen. Hierfür gibt es eine Vorabgenehmigung der Verwaltung.

Herr Kuhn erklärt, dass die Genehmigung noch nicht erteilt wurde.

Herr Otten fragt, was dann die Grundlage für die bisherigen Investitionen ist. Hierfür gibt es eine Vorabsprache mit der Baubehörde, aber keine Genehmigung.

Frau Hansemann möchte die zuständige Verwaltung zu dem Thema hören.

Frau Böcker überreicht eine Liste mit 842 Unterschriften gegen das Projekt.

Herr Arndt fragt, wo die Verbesserung gegenüber der bisherigen Nutzung liegt. Er vertraut der Behörde mehr als dem Antragsteller und unterstellt das Nichtvorhandensein einer Vorabgenehmigung.

Herr Kuhn erläutert dem Beirat das Genehmigungsverfahren. Es handelt sich um ein BIMSCH Verfahren für ein Abfallzwischenlager, das ohne Öffentlichkeitsbeteiligung genehmigt werden kann. Beteiligt am Verfahren sind Ortsamt, Hansewasser, Abfallbeseitigung,

Stadtplanung, Gewerbeaufsicht und Feuerwehr. Die Genehmigung –unter Umständen mit Auflagen- ist zu erteilen, wenn keine anderen Gesetze dagegen sprechen.

Herr Viering erklärt, dass es von der Stadtplanung noch keine abschließende Stellungnahme gibt. Er erläutert dem Beirat die baurechtlichen Vorschriften, die für das Firmengelände die Gewerbeklasse II vorsehen. Sie sieht kein Gewerbe vor, das stark lärmt oder riecht oder eine Gefährdung darstellt. Ob hier eine Gefährdung vorliegt oder nicht, ist noch nicht abschließend beurteilt. Gegen eine Gefährdung spricht die Menge der Stoffe und dass diese nur gelagert werden. Dafür spricht die Lage in der Nähe von Wohnbebauung.

Herr Roßberg fragt, ob in einem neuen Bebauungsplan ein solches Projekt noch zulässig wäre. In einem neuen Gebiet wäre das nicht so, hier liegen aber unterschiedliche Nutzungen planungsrechtlich eng beieinander.

Herr Dennhard merkt an, dass eine solche Anlage in dieser Umgebung nicht mehr zeitgemäß ist, die Abfallwirtschaft aber an einem zeitgemäßen Image Interesse haben muss.

Frau Hansemann befürchtet einen Wertverlust der umliegenden Immobilien und fragt nach dem Nutzen für Bremen durch das Projekt.

Frau Ritter kritisiert den Baubeginn ohne vorherige Genehmigung und weist auf die Folgen für Privatpersonen bei solcher Handlungsweise hin.

Ein Anwohner weist auf die leerstehenden Gewerbeflächen im Gebiet der Funkschneise und den Bedarf für deren Nutzung hin.

Herr Winkler möchte zukünftig vor Beginn eines Genehmigungsverfahrens eine Nutzenabwägung für die Allgemeinheit unter Berücksichtigung der Gesamtlage setzen.

Ein Anwohner erwartet ebenfalls von den Fachbehörden eine strategische Planung für die Zukunft.

Herr Viering weist darauf hin, dass der Antrag nach geltendem Recht entschieden werden muss.

Herr Jahn fragt sich, warum der Baubeginn vorab erfolgt ist. Er fragt noch einmal nach dem Nutzen für Hemelingen.

Herr Bohr weist auf die Belastungen Hemelingens durch Verkehr und Industrie hin und lehnt weitere Belastungen ab. Er verlangt eine vollständige Überarbeitung der veralteten Bebauungspläne.

Herr Saffe sagt die Unterstützung der Bürgerschaftsfraktion der Grünen in dieser Angelegenheit zu.

Herr Gottschalk lehnt eine solche Anlage in Wohnortnähe ab. Er fordert die Verwaltung auf, zunächst nach Abwägung der Rechtslage zu entscheiden und stellt politische Unterstützung in Aussicht.

Herr Hölscher lehnt den Bauantrag ab.

Herr Roßberg schließt sich dem an und stellt einen von allen Beiratsfraktionen getragenen Beschlussvorschlag vor. Er schlägt vor die Rednerliste zu schließen und über den Antrag abzustimmen.

Frau Otten fragt nach einem möglichen Wertausgleich für die Anwohner.

Herr Arndt schlägt vor, notfalls für den Bebauungsplan eine Veränderungssperre in der Bürgerschaft zu beschließen.

Herr Hipp spricht sich für eine Ablehnung des Bauantrags aus

Herr Hofmann fragt sich, ob der vorzeitige Genehmigungslöse Baubeginn nicht ein Anzeichen für die Unzuverlässigkeit des Unternehmers ist.

Herr Bohr verliest den anliegenden interfraktionellen Antrag, der vom Beirat einstimmig angenommen wird.

Gez. Höft
Vorsitzender

Gez. Roßberg
Beiratssprecher

Gez. Dorer
Schriftführer

Liste der in Protokollen gebräuchlichen Abkürzungen:

AGÖV	Arbeitsgemeinschaft öffentlicher Personennahverkehr
ADFC	Allgemeiner Deutscher Fahrradclub
AfSD	Amt für Soziale Dienste
ASV	Amt für Straßen und Verkehr
BEK	Bremische Evangelische Kirche
BGH	Bürgerhaus
BIMSCH	Bundes Immissions Schutz
BILL	Bürgerinitiative für lückenlosen Lärmschutz
BSAG	Bremer Straßenbahn AG
BVM	Bundesverkehrsministerium
EHfuF	Ein Haus für unsere Freundschaft
FA	Fachausschuss
GIRL	Geruchsimmissions-Richtlinie
IB	Immobilien Bremen
KITA	Kindertagesstätte

KOA	Koordinierung und Finanzen
OA	Ortsamt
SfWAH	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
SUBV	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
UB	Umweltbetrieb Bremen
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
Vaja	Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit
VE	Vorhaben- und Erschließungsplan
WOS	Wilhelm-Olbers-Schule